

WIEN SCHAFFT SPIELAUTOMATEN AB – UND DIE STEIERMARK?

Kleines Glücksspiel: Sumpf gehört trockengelegt!

Wien wird keine Lizenzen an Glücksspielkonzerne zur Aufstellung von Glücksspielautomaten vergeben. Damit wird das sogenannte „Kleine Glücksspiel“ mit Auslaufen der Übergangsfrist für das neue Glücksspielgesetz weitgehend frei von Glücksspielautomaten sein.

Die steirische KPÖ kämpft seit 2006 für dieses Ziel. Ernest Kaltenegger überreichte 2007 über 11.000 Unterschriften an den Landtagspräsidenten, das Land sträubt sich, aktiv zu werden.

KPÖ-Landtagsabgeordnete Claudia Klimt-Weithaler sieht in der Wiener Entscheidung



eine große Chance, nun auch in der Steiermark ein Aus für die Spielautomaten durchzusetzen: „In Wien hat man erkannt, dass die Einnahmen aus dem Glücksspiel niemals den Schaden abdecken können, der vor allem durch die Spielautomaten angeichtet wird. In der Steiermark haben wir schon lange die größte Dichte an Automaten und die meisten Spielsüchtigen. Für die steirischen Automatenaufsteller wurde extra die Frist verlängert.“

Lobbyist Kasic: Ist schon weg

Ab 1. Jänner 2016 könnte aber auch die Steiermark frei von Spielautomaten sein. Die KPÖ wird sich im Landtag weiter dafür einsetzen. Nach dem Ausscheiden des VP-Abgeordneten Kasic ist nun vielleicht eine sachlichere Entscheidung möglich, die nicht ausschließlich von den Interessen der Automatenlobby geleitet ist, hofft die KPÖ-Abgeordnete.

Inzwischen wurden weitere Verstrickungen von Politik und Glücksspielindustrie bekannt. Der ehemalige ÖVP-Abgeordnete Stummvoll wechselte in den Aufsichtsrat des Glücksspielkonzerns „Mercur Entertainment AG“, gegründet von Frank Stronach. Damit folgt er dem Beispiel des ÖVP-Politikers Johannes

Hahn, der in leitender Funktion bei Stronachs Konkurrenten Novomatic Karriere machte. Stummvoll spielte eine maßgebliche Rolle bei der Gestaltung des Glücksspielgesetzes.

Es drängt sich die Frage auf, inwieweit Stummvoll als Glücksspiel-Verhandler der ÖVP bereits auf eine mögliche künftige Karriere als Manager eines Casino-Konzerns hingearbeitet hat. Dass dieser Gedanke keineswegs abwegig ist, zeigt der jahrelange hartnäckige Kampf des ehemaligen steirischen Landtagsabgeordneten Wolfgang Kasic (ÖVP) gegen strengere Auflagen und höhere Abgaben für Spielautomaten in der Steiermark. Während tausende Steirerinnen und Steirer durch Spielsucht in den Ruin getrieben wurden, verdiente Kasic ausgezeichnet an ganzseitigen Inseraten heimischer



Glücksspielkonzerne in seiner Bezirkszeitung.

2,5 Millionen für Ex-Kanzler

Ein weiterer prominenter Ex-Politiker, der im Sold der

Glücksspielbranche steht, ist der ehemalige SPÖ-Kanzler Alfred Gusenbauer. Mit Berateraufträgen u.a. des Novomatic-Konzerns verdiente er im Jahr 2010 über 2,5 Mio. Euro.

AUS DEM STEIRISCHEN LANDTAG

EU-Dienstleistungsrichtlinie durchgepeitscht

Die Umsetzung der EU-Dienstleistungsrichtlinie scheiterte im Nationalrat an der nötigen Zwei-Drittel-Mehrheit. Nun soll dieses Gesetz nach dem Willen von SPÖ und ÖVP über die neun Landesparlamente als Landesgesetz durchgepeitscht werden. Die Dienstleistungsrichtlinie zielt darauf ab, bestehende Hemmnisse für grenzüberschrei-

tende Dienstleistungen innerhalb der EU zu beseitigen und dadurch die Gehälter nach unten zu drücken. Eine österreichische Firma kann dadurch in Lettland einen Firmensitz anmelden und die Angestellten in Österreich so bezahlen wie in Lettland üblich.

Die KPÖ warnt vor einer weiteren Nivellierung der Löhne und Gehälter nach unten.

Werner Murgg (KPÖ): „Seit dem EU-Beitritt sind die Löhne und Gehälter real, unter Berücksichtigung der Inflationsrate, mit Ausnahme des obersten Fünftels der Löhne, gesunken. Die Dienstleistungsrichtlinie wird diesen Trend verstärken!“ Schließlich wurde das Dienstleistungsgesetz mit den Stimmen von SPÖ und ÖVP angenommen.